

Zeitung für den Bundestagswahlkreis Köln I (Porz, Kalk, nördliche Innenstadt)

BUNDESTAGSWAHL 2009

VORWORT

- 2 Martin Dörmann: Einsatz für Arbeitsplätze und Sicherung des Sozialstaates

INFOS ZU MARTIN DÖRMANN, MDB

- 3 Fragen zu Köln, Politik und anderen Leidenschaften
- 4 Biografie und Bilanz 2005-2009

VERANSTALTUNGEN IN KÖLN

- 5 Veranstaltung mit Bundesarbeitsminister Olaf Scholz am 4. September
- 5 Veranstaltung mit Bundesjustizministerin Brigitte Zypries am 7. September
- 5 Kundgebung mit Frank-Walter Steinmeier am 8. September
- 6 Münzfeiring, Steinmeier, Nahles und Gabriel besuchten Köln (Bericht)

UNTERSTÜTZUNG DES WAHLKAMPFES

- 6 Mitmachen: Als Wahlhelfer / durch Spenden

Wahlkampf-Spendenkonto

SPD Köln
 Sparkasse KölnBonn (BLZ 370 501 98)
 Konto-Nr. 42 42 053, Stichwort:
 Wahlkampfspende WK 94 Dörmann

Homepageausgabe • Redaktionsschluss: 28.8.2009



ARGUMENTE ZUR BUNDESTAGSWAHL

- 7 Martin Dörmann: Bilanz und Perspektiven sozialdemokratischer Regierungspolitik
- 8 Ziele des SPD-Regierungsprogramms
- 10 Deutschlandplan: Die Arbeit von morgen
- 11 Allianz für den Mittelstand
- 11 Mindestlöhne schützen vor Lohndumping
- 12 Klimaschutz ohne Atomkraft
- 12 Unterstützung für unsere Familien
- 13 Studienbedingungen verbessern
- 13 Finanzmarktpolitik der SPD
- 14 Schwarz-Gelb: die falsche Richtung
- 15 Internet-Informationen zur Bundestagswahl
- 15 Mitglied werden!

INFOS UND IMPRESSUM

- 16 Sitzungswochen, Infos zu Martin Dörmann, Spendenkonto, Büroanschriften, Impressum

Herausgeber: Martin Dörmann, MdB

Einsatz für Arbeitsplätze und Sicherung des Sozialstaates

Warum Deutschland weiterhin eine starke Sozialdemokratie braucht

Liebe Leserinnen und Leser,

die **Bundestagswahl am 27. September** ist eine Richtungsentscheidung für unser Land. Angesichts der **Wirtschafts- und Finanzkrise** stehen wir vor großen Herausforderungen. Dabei wird es darauf ankommen, **wirtschaftliche Vernunft und sozialen Ausgleich** in einer vernünftigen Balance zu halten, um **neues Vertrauen** zu schaffen.

Sozialdemokraten beweisen, dass sie dies am besten können. **Schwarz-Gelb** ist kein Zukunftsmodell für Deutschland. Im Gegenteil. Es waren doch Union und FDP, deren Weltbild gegen eine **Regulierung der Finanzmärkte** stand. Sie sind deshalb nicht glaubwürdig, wenn es um die konkrete Umsetzung der notwendigen Finanzmarktrefor-men und die nachhaltige Überwindung der Krise geht.

Union und FDP fehlt es an wirklich tragfähigen Wirtschaftskonzepten. Die FDP hat kein Problem damit, in einem Atemzug Steuersenkungen, Investitionen und geringere Staatsverschuldung einzufordern. Und von der Union hat man wenig gesehen, als es etwa um konkrete Vorschläge für das zweite Konjunkturpaket ging.

Kommunales Investitionsprogramm, Umweltprämie und deutliche Verbesserungen beim **Kurzarbeitergeld**: wer hat's vorgeschlagen und durchgesetzt? Die SPD! Vieles von dem, was die Große Koalition erfolgreich auf den Weg gebracht hat, wird inzwischen vom Ausland kopiert. Es entsprang meist sozialdemokratischen Köpfen. **Frank-Walter Steinmeier, Peer Steinbrück** und **Olaf Scholz** kämpfen gemeinsam und jeder in seinem Bereich um den Erhalt von Arbeitsplätzen. Die Kanzlerin verlegt sich hingegen am liebsten aufs Moderieren und Abwarten.

Dank einer **sozialdemokratischen Handschrift** ist Deutschland bislang besser mit der Krise fertig geworden, als viele es erwartet hätten, insbesondere auf dem Arbeitsmarkt.

Keine Frage: Wir sind noch nicht über dem Berg. Aber gerade deshalb kommt es darauf an, wer Deutschland in den nächsten vier Jahren regiert. Die **SPD** hat ein überzeugendes **Regierungsprogramm** vorgelegt, das den Herausforderungen unserer Zeit gerecht wird. Mit seinem Deutschlandplan hat Frank-Walter Steinmeier

zusätzliche **Perspektiven** für die „Arbeit von morgen“ aufgezeigt.

Wir wollen einen Neustart der Sozialen Marktwirtschaft durch einen **solidarischen Lastenausgleich**, der Verantwortliche und Vermögende an den Kosten der Überwindung der Krise beteiligt. Das schafft auch die Voraussetzung für **solide Staatsfinanzen**.

Wir wollen einen **gesetzlichen Mindestlohn**, damit Arbeit gerecht entlohnt wird und Vollzeitbeschäftigte nicht auf staatliche Unterstützung angewiesen sind.

Wir wollen eine gebührenfreie Bildung von der Kita bis zur Hochschule, damit alle Kinder und Jugendliche **faire Bildungschancen** haben. Deutschland kann nicht um die niedrigsten Löhne konkurrieren – wir brauchen die besten Köpfe.

Wir wollen **Familien weiter stärken**, etwa durch einen Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung und finanzielle Entlastungen.

Wir wollen die **ökologische Modernisierung** voranbringen. Der Ausbau Erneuerbarer Energien schafft neue Jobs und stärkt die Exportchancen deutscher Unternehmen. Die unsichere Atomkraft hingegen hat keine Zukunft.

Dies sind nur einige Gründe dafür, warum die SPD auch nach der nächsten Bundestagswahl Regierungsverantwortung tragen sollte - mit **Frank-Walter Steinmeier** als **Bundeskanzler**.

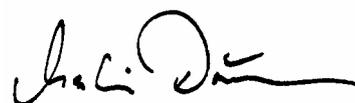
Auch ich will dazu meinen Beitrag leisten. **Des-halb kandidiere ich wieder** für den Deutschen Bundestag, dem ich seit 2002 angehöre.

Über Ihre **Unterstützung meines Wahlkampfes** würde ich mich sehr freuen. Sei es durch Spenden oder als aktive Wahlhelfer/innen.

Unterstützen Sie eine **starke Sozialdemokratie**. In **Köln und Berlin**.

Herzlichst

Ihr



Fragen zu Köln, Politik und anderen Leidenschaften

Haben Sie politische Vorbilder?

Drei Sozialdemokraten: Willy Brandt (wegen seiner Visionen und Menschlichkeit), Helmut Schmidt (Verantwortungsbewusstsein und pragmatische Vernunft) und meinen leider 2005 verstorbenen Freund Hans-Jürgen Wischniewski, den insbesondere Urteilskraft und Geradlinigkeit auszeichneten.

Wo möchten Sie leben?

Auch weiterhin in Köln.

Ihr liebster Blick auf Köln?

Klassisch: Vom Deutzer Ufer auf das Rheinpanorama mit Altstadt und Dom.

Wer oder was kann Sie beeindrucken?

Menschen, die für andere da sind.

Wen würden Sie gerne einmal treffen?

Barack Obama.

Worauf könnten Sie nicht verzichten?

Auf meine Frau und Familie.

Warum sind Sie Sozialdemokrat?

Weil ich mich in der SPD am besten für soziale Gerechtigkeit und eine freie und menschliche Gesellschaft einsetzen kann.

Was mögen Sie an Köln besonders?

Lebensfreude, Kultur, Karneval, „Höhner“ und „Bläck Fööss“.

Und an den Kölnerinnen und Kölnern?

Ihre Fröhlichkeit, Toleranz und Offenheit.

Bei welchem historischen Ereignis wären Sie gerne dabei gewesen?

Beim Fall der Berliner Mauer am 9. November 1989.

Ihre Hobbys?

Filmen und Fotografieren. Soweit noch Zeit bleibt.

Ihre Leidenschaften?

Köln, Politik und Fußball.

Ihr politisches Leitmotiv?

Handle so, wie Du es von anderen erwarten würdest.

Ihre Lieblingsfilme?

Manche mögen's heiß, Jenseits von Afrika.

Ihre Lieblingschauspieler/innen?

Meryll Streep, Senta Berger, Paul Newman, Robert Redford, James Stewart.

Über wen lachen Sie am liebsten?

Über Mr. Bean, Hape Kerkeling und Loriot.

Ihre Lieblingslieder?

Westernhagen, Grönemeyer, Reinhard Mey.

Wen oder was nehmen Sie auf eine einsame Insel mit?

Meine Frau, viel zu lesen – und ein Boot für die Rückreise nach Köln.

Ihr Lieblingsschriftsteller?

Stefan Zweig.

Ihre Lieblingslektüre?

Historische und politische Biografien, Zeitungen.

Welche Eigenschaften sind für einen Politiker besonders wichtig?

Verantwortungsbewusstsein, Glaubwürdigkeit, Kompetenz, Beharrlichkeit, Leidenschaft und Augenmaß.



Welche politische Tat bewundern Sie?

Den Kniefall von Willy Brandt vor dem Mahnmal des Warschauer Ghettos.

Was mögen Sie an der Politik und am Wahlkampf?

Mit vielen Menschen in Kontakt zu kommen.

Was nicht?

Persönliche Diffamierungen statt Sachauseinandersetzung.

Was regt Sie auf?

Brutalität, Heuchelei, Ungerechtigkeit.

Was möchten Sie als Abgeordneter durch Ihre Arbeit erreichen?

Insbesondere: die Verbesserung der Rahmenbedingungen für Arbeitsplätze und soziale Sicherheit. Und ich möchte zu mehr Engagement für unsere Demokratie motivieren.

Biografie

Geboren am 30. Juni 1962 in Herten/Westfalen. Seit 1966 in Köln lebend. Verheiratet.



Ausbildung und Beruf

Abitur 1981 am Gymnasium Köln-Rodenkirchen. 1981-1982 Zivildienst bei der Arbeiterwohlfahrt Köln. Studium der Rechtswissenschaften in Köln und Bonn.

1992-1998 Abgeordnetenmitarbeiter bzw. wissenschaftlicher Mitarbeiter bei den Bundestagsabgeordneten Walter Rempe, Renate Schmidt und Anke Fuchs.

1997-1999 Rechtsreferendar am Landgericht Köln. 1999-2003 Tätigkeit als Rechtsanwalt in Köln.

Seit 2002 Mitglied des Deutschen Bundestages.

Politische Arbeit

Mitglied der SPD seit 1979.

1983-2001 Vorstandsmitglied im SPD-Ortsverein Rondorf/Sürth/Meschenich. 1989-1994 Mitglied der Bezirksvertretung Rodenkirchen. 1995-1997 Vorsitzender des SPD-Stadtbezirks Rodenkirchen. 1995-2001 Vorsitzender des SPD-Ortsvereins Rondorf/Sürth/Meschenich.

1995-2007 Mitglied im Unterbezirksvorstand der Köln SPD. 1997-2007 stellv. Vorsitzender der Köln SPD.

Bundestagsabgeordneter seit Oktober 2002. Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft und Technologie und im Unterausschuss Neue Medien.

Funktionen in der SPD-Bundestagsfraktion

- Mitglied im Vorstand
- Sprecher für Neue Medien
- Stellv. Wirtschaftspolitischer Sprecher
- Berichterstatte für Telekommunikation sowie Luft- und Raumfahrt



Bilanz 2005-2009, Homepage, Berlin Depesche

Weitere Infos enthält die **Homepage www.martin-doermann.de**. Dort ist auch die **Bilanz 2005 - 2009** abrufbar. Sie gibt einen Überblick über die Arbeit von Martin Dörmann als Bundestagsabgeordneter in der laufenden 16. Wahlperiode. Außerdem ist die **Wahlkreiszeitung „Berlin Depesche“** eingestellt. Schwerpunkt der Nr. 54: Aktuelle Beschlüsse des Bundestages.

Bilanz 2005-2009

Homepage

Berlin Depesche Nr. 54

Einsatz für Arbeit

Mit Sozialpartnerschaft durch die Krise

Olaf Scholz, MdB

Bundesminister für Arbeit und Soziales

Freitag, 4. September 2009, 17:00 bis 19:00 Uhr

Internationaler Bund (IB) Arbeitsprojekt, Veranstaltungsraum,
Rolshover Straße 87-91 (Köln-Kalk)

Veranstaltung der SPD-Bundestagsfraktion mit den vier Kölner SPD-Bundestagsabgeordneten



Bürgerrechte im 21. Jahrhundert

Selbstbestimmung sichern – Freiheit schützen

Brigitte Zypries, MdB

Bundesministerin der Justiz

Montag, 7. September 2009, 18:00 bis 19:30 Uhr

Altes Pfandhaus, Veranstaltungssaal, Kartäuserwall 20,
Köln-Innenstadt

Veranstaltung der SPD-Bundestagsfraktion mit den vier Kölner SPD-Bundestagsabgeordneten



Große Wahl-Kundgebung

mit

Frank-Walter Steinmeier

Bundesaußenminister und SPD-Kanzlerkandidat
und den Kölner SPD-Bundestagsabgeordneten

Dienstag, 8. September 2009, ab 19:00 Uhr

Heumarkt, Köln-Innenstadt



Buchlesung

Lale Akgün, MdB und Martin Dörmann, MdB

Tante Semra im Leberkäseland

Geschichten aus meiner türkisch-deutschen Familie

Dienstag, 15. September 2009, 19:30 Uhr

Bürgerhaus Kalk, Kleiner Saal, Kalk-Mülheimer Straße 58
Köln-Kalk



Steinmeier, Müntefering, Nahles und Gabriel besuchten im August Köln

Bereits im August besuchten zahlreiche SPD-Bundespolitiker Köln. Am 4. August kam Kanzlerkandidat **Frank-Walter Steinmeier** in den Stadtgarten, um mit Vertretern aus der Kultur- und Kreativwirtschaft über die Perspektiven dieser Wachstumsbranche zu diskutieren. Unter den Gästen waren beispielsweise **Elke Heidenreich**, Senföpfchen-Chefin **Alexandra Kassen** und Kabarettist **Richard Rogler** sowie zahlreiche Vertreter von Unternehmen und Medien.



Am selben Tag sprach SPD-Parteivorsitzender **Franz Müntefering** im KOMED (Mediapark) zu „Bilanz und Perspektiven der sozialdemokratischen Regierungspolitik“. Er zeigte sich dabei kämpferisch. Schwarz-Gelb müsse verhindert werden, damit die SPD auch in schwierigen Zeiten die Grundlagen des Sozialstaates sichern kann. Ähnlich argumentierte **Martin Dörmann** in seiner Einführungsrede, in der er die Erfolge der SPD in

der Regierung betonte. Zu der Veranstaltung hatten die vier Kölner SPD-Bundestagsabgeordneten eingeladen (siehe Foto unten mit **Jürgen Roters** und Franz Müntefering).

In ihrer Reihe „Fraktion vor Ort“ waren im August auch **Andrea Nahles** zum Thema „Gute Arbeit“ und Bundesumweltminister **Sigmar Gabriel** zu Gast. Er erläuterte am 27. August im Mediapark seine Vorstellungen für eine ökologische Energie- und Klimapolitik unter dem Titel „Erneuerbare Energien – Ausstieg aus der Atomenergie“.

Zu den wie immer bestens besuchten Veranstaltungen der SPD-Abgeordneten kamen insgesamt deutlich mehr als 600 Gäste.



SPD-Köpfe für Köln mit Franz Müntefering

UNTERSTÜTZUNG IM WAHLKAMPF

Mitmachen als Wahlhelfer oder durch Spenden

Unsere Demokratie lebt von denjenigen, die sich politisch engagieren. Wer als **SPD-Wahlhelfer/in** im Bundestagswahlkampf mitmachen will, kann sich an eines unserer Büros wenden (siehe Anschriften auf der letzten Seite).

Wer wenig Zeit hat und trotzdem die politischen Ziele der SPD oder Martin Dörmann ganz persönlich als Bundestagskandidaten unterstützen will, kann auch **spenden** (siehe unten).

Steuerlich absetzbar sind Spenden, Sonderbeiträge und Mitgliedsbeiträge für Parteien bis zu einem Gesamtbetrag von **3.300 €**, bei steuerlicher Zusammenveranlagung bei Eheleuten bis insgesamt **6.600 €** jährlich. Zusätzliche Spenden, wie z. B. an Vereine oder für andere gemeinnützige Zwecke bleiben davon unberührt. Spenden von juristischen Personen können hingegen steuerlich nicht abgesetzt werden.

Es gilt folgende Staffelung: Für die ersten 1.650 € (3.300 € bei gemeinsamer Veranlagung) werden nach § 34g Satz 2 EStG 50% der gespendeten Summe von der Steuerschuld abgezogen. Darüber hinaus gehende Beiträge können bis zur Höhe von 1.650 € (3.300 € bei gemeinsamer Veranlagung)

nach § 10b Abs. 2 EStG als Sonderausgabe beim Finanzamt in Höhe des individuellen Steuersatzes geltend gemacht werden.

Für Zuwendungen eines Spenders oder auch eines Unternehmens, die im Jahr 10.000 Euro übersteigen, gilt zur Wahrung der Transparenz, dass diese mit Namen und Adresse des Spenders im Rechenschaftsbericht der begünstigten Partei veröffentlicht werden müssen.

Jeder an eine zur Bundestagswahl zugelassene Partei von einer Privatperson gespendete Euro wird vom Staat mit 38 Cent bezuschusst und bedeutet eine Spende von 1,38 €. Das gleiche gilt im Übrigen auch für Spenden außerhalb des Bundestagswahlkampfes.

Wahlkampf-Spendenkonto

SPD Köln
Sparkasse KölnBonn (BLZ 370 501 98)
Konto-Nr. 42 42 053
Bitte als Stichwort angeben:
Wahlkampfspende WK 94 Dörmann

Viel erreicht. Noch viel zu tun.

Bilanz und Perspektiven sozialdemokratischer Regierungspolitik

Von Martin Dörmann, MdB

Seit nunmehr elf Jahren ist die SPD an der Bundesregierung beteiligt. Wir haben in dieser Zeit viel für die **Modernisierung unseres Landes** erreicht. Unsere Bilanz kann sich durchaus sehen lassen - auch wenn einiges noch unvollkommen ist und viele Baustellen bleiben oder neu hinzugekommen sind.

Wir erinnern uns: Nach **16 Jahren Kohl** herrschte praktisch politischer Stillstand in Berlin. Mehr als 4 Millionen Arbeitslose, zerrüttete Staatsfinanzen und ein enormer Reformstau lähmten unser Land. Unter sozialdemokratischer Regierung ist unser Land wieder nach vorne gekommen. Es ist ökologischer und nachhaltiger geworden. Der **Atomausstieg** wurde beschlossen, der **Klimaschutz** gestärkt und **erneuerbare Energien** gezielt gefördert. In der **Außenpolitik** trägt Deutschland größere Verantwortung in Europa und in der Völkergemeinschaft. Fehler wie den Irakkrieg haben wir dabei nicht mitgemacht.

Deutschland ist heute offener: Wir haben ein **Zuwanderungsgesetz** geschaffen, die **Rechte gleichgeschlechtlicher Lebensgemeinschaften** verbessert und der **Kulturpolitik** eine größere Bedeutung verschafft. Ein neues Denken in Dimensionen von **Zukunfts- und Generationengerechtigkeit** hat begonnen. Nicht zuletzt haben **Bildungs- und Familienpolitik** einen höheren Stellenwert und zusätzliche finanzielle Mittel erhalten, etwa für Betreuung und Ganztagschulen.

Die von **Rot-Grün** eingeleitete Politik hat die **Große Koalition** im Wesentlichen fortgesetzt. Die starken Minister stellt die SPD, die Union hat kaum eigene Akzente setzen können. Die Angriffe der Konservativen auf den **Kündigungsschutz** und die **Mitbestimmung** konnten wir abwehren.

Die sozialdemokratischen Reformen haben sich in den vergangenen Jahren auch wirtschaftlich ausgezahlt. Durch die **Stabilisierung der Lohnnebenkosten**, die **steuerliche Entlastung** des Mittelstandes und die **Reformen am Arbeitsmarkt** kommen die Menschen schneller in Jobs. Unsere Unternehmen sind wettbewerbsfähiger geworden. Wir verzeichnen heute eine **Rekordzahl sozialversicherungspflichtig Beschäftigter**. Im Ok-

tober 2008 ist die **Arbeitslosenzahl** erstmals nach der Wiedervereinigung wieder **unter 3 Millionen** gesunken.

Doch nicht alle Probleme konnten bereits gelöst werden. Und neue **Herausforderungen** wie die **Finanzmarktkrise** und eine **weltweite Rezession** sind hinzugekommen.

Mit den von der Bundesregierung vorgelegten Maßnahmenpaketen wurden wichtige Schritte zur Überwindung der Krise eingeleitet. Jetzt geht es darum, durch eine entschlossene Politik neues **Vertrauen** in die Funktionsfähigkeit des Bankensystems und der sozialen Marktwirtschaft aufzubauen und einen **Schutzschirm für Arbeitsplätze** zu errichten. Die **Finanzmärkte** sollen besser kontrolliert und transparenter, **Investitionen** weiter gestärkt werden.

Viele Menschen haben heute das Gefühl, dass es nicht gerecht zugeht in unserer Gesellschaft. Die SPD tritt gegen **überzogene Managergehälter** und für die Einführung eines **Mindestlohnes** für alle Beschäftigten ein. Wer Vollzeit arbeitet, darf nicht auf staatliche Unterstützung angewiesen sein. Die Schere zwischen Arm und Reich gilt es, wieder ein Stück weit zu schließen. Auf dem **Arbeitsmarkt** müssen wir uns trotz spürbarer Erfolge noch intensiver um Langzeitarbeitslose kümmern. Und die für das Abfangen von Auftragsspitzen sinnvolle **Leih- und Zeitarbeit** darf von Unternehmen nicht missbraucht werden, um reguläre Beschäftigung herauszudrängen.

Einen großen Sprung brauchen wir bei der **Bildung**. Die Lebenschancen unserer Kinder und die Zukunftsfähigkeit der deutschen Wirtschaft entscheiden sich in diesem Bereich. Der **Dreiklang** muss lauten: **Gute Bildung - Gute Arbeit - Gute Wirtschaft**.

Mit **Frank-Walter Steinmeier, Peer Steinbrück, Franz Müntefering** und anderen haben wir Sozialdemokraten ein erfolgreiches Team mit starken Köpfen. Sie stehen für eine Politik, die **wirtschaftliche und soziale Sicherheit** gleichermaßen im Auge hat. Mit der SPD hat Deutschland eine gute Perspektive.



Zentrale Ziele des SPD-Regierungsprogramms

1. Alle sollen **Arbeit** haben, gerecht entlohnt. Wir wollen:

- Gerechte Löhne und Einkommen. Wir wollen einen allgemeinen gesetzlichen Mindestlohn. Wir werden die Tarifautonomie verteidigen. Kündigungsschutz und Mitbestimmung wollen wir schützen.
- Eine humane Arbeitswelt. Arbeit darf nicht krank machen. Wir wollen flexible Übergänge vom Erwerbsleben in die Rente ermöglichen.
- Wir wollen die Arbeitslosenversicherung zu einer Arbeitsversicherung weiterentwickeln, die Arbeitslosigkeit nicht nur schnell beendet, sondern durch die Förderung von Weiterbildung dabei hilft, sie zu vermeiden.



2. Alle Jugendlichen sollen einen Schulabschluss und Bildungsabschluss haben. **Faire Bildungschancen** für alle. Wir wollen:

- Mehr Geld in die Bildung investieren. Dafür wollen wir einen "Bildungssoli" einführen. Die Einnahmen der Erhöhung des Spitzensteuersatzes von 45 auf 47 Prozent wollen wir für Bildungsinvestitionen verwenden.
- Eine gebührenfreie Bildung von der Kita bis zur Hochschule. Wir stehen zum kostenfreien Erststudium bis zum Master.
- Eine Berufsausbildungsgarantie für alle, die älter als 20 Jahre sind und weder Berufsabschluss noch Abitur haben.



3. Deutschland soll Ideenschmiede der Welt in Sachen **Klimaschutz** werden. Wir wollen die Klimaziele erreichen und die umfassende ökologische Modernisierung voranbringen. Wir wollen:

- Einen sauberen, sicheren und bezahlbaren Energiemix für unsere Zukunft. Wir wollen die Treibhausgasemissionen bis zum Jahr 2020 um 40 Prozent gegenüber 1990 senken. Wir halten am Atomausstieg fest. Den Ausbau der Erneuerbaren Energien werden wir weiter vorantreiben.
- Ein Leitprojekt "Weg vom Öl". Deutschland soll im Bereich der Energie mittelfristig unabhängig von Ölimporten werden.
- Dass das Auto der Zukunft in Deutschland gebaut wird. Es soll hier entwickelt und flächendeckend zum Einsatz kommen.

4. Wir wollen **Familien** stärken. Die Lage der Alleinerziehenden wollen wir deutlich verbessern. Wir wollen:

- Den Rechtsanspruch auf eine Betreuung ab eins ab 2013 haben wir durchgesetzt. Wir wollen nun den Rechtsanspruch auf eine Ganztagsbetreuung.
- Den Normalverdienern mehr finanzielle Spielräume geben. Wir wollen den Eingangsteuersatz von 14 auf 10 Prozent senken.
- Das Elterngeld und die Partnermonate verbessern. Das Elterngeld und die Partnermonate wollen wir so weiterentwickeln, dass die partnerschaftliche Arbeitsteilung in der Familie noch mehr als bisher gefördert wird.

5. Wir wollen die **Gleichstellung** von Männern und Frauen in allen gesellschaftlichen Bereichen weiter voranbringen. Wir wollen:

- Gleiche Löhne für gleichwertige Arbeit. Wir wollen die Lohnlücke bei Männern und Frauen schließen.
- Mehr Frauen in Führungs- und Aufsichtsfunktionen. Wir wollen in Aufsichtsgremien von Unternehmen eine Frauenquote von 40 Prozent gesetzlich festzuschreiben.

- Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf durch den Ausbau von Betreuungseinrichtungen verbessern. Wir wollen Ganztagschulen ausbauen.

6. Integration ist eine zentrale Aufgabe für die Zukunftsfähigkeit unseres Landes. Wir wollen:

- Ausländische Bildungsabschlüsse besser anerkennen. Einwanderer sollen ihre Qualifikationen besser bei uns nutzen können.
- Ein allgemeines Wahlrecht auf kommunaler Ebene. Jeder der seit mehr als sechs Jahren in Deutschland lebt, soll zukünftig das kommunale Wahlrecht bekommen.
- Den Erwerb der deutschen Staatsbürgerschaft für Menschen, die hier geboren sind oder lange hier leben, erleichtern. Doppelte Staatsbürgerschaft akzeptieren wir.



7. Im ersten globalen Jahrhundert kann und will Deutschland nicht alleine agieren, sondern als wichtiger Teil von **Europa**. Wir wollen:

- Das soziale Europa: Wir wollen, dass Europa eine aktive Rolle dabei übernimmt, Lohn- und Sozialdumping zu verhindern.

- Eine Welt ohne Atomwaffen. Wirksame Rüstungskontrolle und neue Initiativen für Abrüstung gehören für uns ganz oben auf die Tagesordnung. Dafür setzen wir uns ein.
- Wir wollen die weltweite Finanzarchitektur neu ordnen. Wir wollen starke internationale Institutionen, die weltweit für Transparenz und Risikokontrolle sorgen.



8. Neustart der Sozialen Marktwirtschaft. Wir wollen:

- Einen solidarischen Lastenausgleich in der Krise, der die Verantwortlichen und Vermögenden an Kosten der Überwindung der Krise beteiligt.
- Das Prinzip "Investition statt Spekulation" - Märkte brauchen Regeln, Unternehmen sollen auf langfristiges Wachstum setzen können.
- Eine starke Partnerschaft von Arbeitgebern und Arbeitnehmern durch Tarifautonomie und Mitbestimmung.

→ Das Regierungsprogramm „Sozial und Demokratisch“ ist als pdf-Dokument abrufbar unter: <http://www.spd.de/de/politik/Bundesparteitag/regierungsprogramm.html>. Eine Kurzfassung lag der Ausgabe Nr. 7/2009 des Vorwärts bei.



Deutschlandplan von Frank-Walter Steinmeier: „Die Arbeit von morgen“

Das von Frank-Walter Steinmeier vorgelegte Aktionsprogramm sagt, was in Deutschland geschehen muss, um die Krise nachhaltig zu überwinden und neue Arbeitsplätze zu schaffen.

Es gibt Antwort auf die Fragen, die viele Menschen bewegen: Wo sollen Beschäftigung, Wachstum und Wohlstand künftig herkommen? Was tut die Politik, damit so eine Krise nie wieder passiert? Wie stellt man sicher, dass Unternehmen langfristig investieren und verantwortlich agieren?

Wir Sozialdemokraten haben mit unseren Vorschlägen in den letzten Monaten dafür gesorgt, dass Deutschland besser durch die Krise gekommen ist als viele andere Länder. Aber wir wissen auch: So wichtig der Kampf für bestehende Arbeitsplätze ist, wichtiger noch ist, dass neue Arbeit entsteht.

Die nächsten Jahre werden schwierig – für die Unternehmen, aber auch für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

Nur mit neuen Ideen und einem klaren Kompass können wir es schaffen, dass die Krise nicht in eine lang anhaltende Schwächephase mit vielen Hunderttausenden zusätzlichen Arbeitslosen einmündet. Wem angesichts der Situation nur Steuersenkungen einfallen, hat nicht begriffen, was die Stunde geschlagen hat.

Wir glauben: Wenn wir in den nächsten Jahren das Richtige tun, hat unser Land die Chance, die Folgen der Krise schneller zu überwinden und mittelfristig sogar Kurs auf Vollbeschäftigung zu nehmen.

Mit einer guten Politik können in den nächsten zehn Jahren vier Millionen neue Arbeitsplätze entstehen. Zwei Millionen in der industriellen Produktion und produktionsnahen Dienstleistungen, zwei Millionen im „klassischen“ Dienstleistungssektor, davon die Hälfte in der Gesundheitswirtschaft, ein Viertel in der Kreativwirtschaft.

Wir setzen auf die Erneuerung unserer traditionellen Industrien. Sie bleiben der wichtigste Beschäftigungsmotor. Wir wollen sie befähigen, zum Ausrüster der Welt mit neuen Technologien für mehr Energie- und Rohstoffeffizienz zu werden. Durch eine „Allianz für den Mittelstand“, die die Kreditklemme effektiv bekämpft, eine mittelstandfreundliche Forschungsförderung über Steuergutschriften, eine Initiative für Wagniskapital aus erfahrenen Produktionsunternehmen, eine neue Hochschule für Software-Entwicklung, durch mehr Professoren im mathematisch-naturwissenschaftlichen Bereich, ein „Zukunftsbündnis Elektromobi-

lität“ und umweltbewusste öffentliche Beschaffung. Unser Ziel ist, dass Deutschland zum Silicon Valley nachhaltiger Industrie-Produktion wird.

Deutschland braucht aber auch eine Modernisierung seiner Energie-, Verkehrs- und Kommunikationsinfrastruktur. Deshalb wollen wir umgehend eine Lösung für ein schnelles Breitbandnetz für alle auf den Weg bringen. Wir wollen ein intelligentes Energienetz schaffen, das auf den Ausbau der erneuerbaren Energien hin angelegt ist. Und wir wollen das Verkehrsnetz durch flächendeckende Telematiksysteme deutlich leistungsfähiger machen.



Diese Ziele werden wir nur erreichen, wenn wir auch gesellschaftspolitisch die richtigen Weichen stellen. Gute Bildungspolitik ist auch gute Wirtschaftspolitik. Wir wollen bis 2020 massiv in Bildung investieren, damit der Fachkräftemangel nicht zur Wachstums- und Wohlstandsbremse wird. Ein neu zugeschnittenes

Ministerium für Bildung und Integration soll dafür sorgen, dass wirklich alle Menschen in unserem Land bessere Chancen bekommen.

Und wir brauchen mehr Frauen in Führungspositionen der Wirtschaft! Gleichberechtigung muss bis ganz nach oben reichen. Bis 2014 sollen 40 Prozent der Aufsichtsratsmandate von Frauen besetzt sein. Bei Bundesbeteiligungen gehen wir mit gutem Beispiel voran. Mit einem verbindlichen Rechtsrahmen wollen wir im Übrigen dazu beitragen, die Lohnlücke zwischen Männern und Frauen zu schließen.

Wir wollen einen Neustart der sozialen Marktwirtschaft. Im Mittelpunkt des Wirtschaftslebens muss wieder der langfristige, nachhaltige Erfolg stehen. Alle Anreize werden darauf ausgerichtet – von Bilanzregeln bis Managergehältern. Und besonders nachhaltig hilft die viel gescholtene Mitbestimmung. Niemand merkt schneller, wenn es dem Unternehmen an die Substanz geht als die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Wir wollen daher die Sozialpartnerschaft in den Betrieben stärken.

Und wir werden uns in der Welt entschieden für neue Spielregeln für die Finanzmärkte einsetzen, um sicherzustellen, dass eine solche Krise nie wieder passiert.

Dieses Programm ist ein Angebot: ein Angebot an alle, die dafür sorgen wollen, dass uns die Wende zum Besseren gelingt. Gemeinsam können wir Deutschland stärker, moderner und solidarischer machen.

Frank-Walter Steinmeiers Deutschland-Plan:

Kleine und mittlere Unternehmen sind Herz und Motor der deutschen Wirtschaft. Gerade sie müssen stark aus der Krise kommen. Deshalb schlägt SPD-Kanzlerkandidat Frank-Walter Steinmeier eine „Allianz für den Mittelstand“ vor, die direkt beim Bundeskanzler angesiedelt ist.

- Wir werden Wirtschaft, Gewerkschaften und Banken an einen Tisch holen. Wir wollen Branchenstrukturen, Unternehmen und Belegschaften mit ihren Qualifikationen erhalten, so dass die Unternehmen nach der Krise schnell wieder durchstarten können.
- Wir werden die Unternehmensfinanzierung sicherstellen, indem wir die Kreditklemme bekämpfen. Während einerseits Großbanken wie Goldman Sachs oder die Deutsche Bank schon wieder üppige Gewinne verzeichnen, drohen bei kleinen und mittleren Unternehmen Zusammenbrüche und Entlassungswellen, weil Kredite nicht gewährt werden.
- Dabei wollen wir schnell und unkompliziert gerade der breiten Masse der Firmen helfen, die auf ihre Hausbank angewiesen sind. Ein staatlicher „Ombudsmann“ soll zwischen den Programmen der Bundesregierung („Deutschlandfonds“ und „Finanzmarktstabilisierungsfonds“) sowie Unternehmen und Banken vermitteln. Der Ombudsmann soll auf die bestehenden institutionellen Lösungen zurückgreifen und schnelle Einzelfalllösungen herbeiführen.
- Wir treten dafür ein, dass die staatliche „Kreditanstalt für Wiederaufbau“ (KfW) ihrerseits einen Beitrag zur Überwindung der Kreditklemme leistet – z. B. indem sie über die Hausbanken eigene Kreditangebote für den Mittelstand auf den Markt bringt.
- Gerade in Krisenzeiten mit niedrigen Preisen haben die Unternehmen eine Chance, ihre Produktionsanlagen (Maschinen, Fahrzeugpark etc.) kostengünstig zu erneuern. Auch hierfür brauchen die Unternehmen die Unterstützung der Banken.
- Wir werden Forschungsausgaben des Mittelstandes gezielt steuerlich fördern, um so die Innovationskraft kleiner und mittlerer Unternehmen zu stärken.

→ Mehr Informationen über den Deutschland-Plan unter www.frankwaltersteinmeier.de

Nur Mindestlöhne schützen vor Lohndumping

In Deutschland arbeitet inzwischen jeder Fünfte im Niedriglohnbereich: Rund 6,5 Millionen Beschäftigte haben 2007 für Bruttostundenlöhne unterhalb der Niedriglohnschwelle gearbeitet. Dies hat eine aktuelle Studie des Instituts Arbeit und Qualifikation (IAQ) an der Universität Essen Duisburg ergeben.

Damit ist die Zahl der Niedriglohnbeschäftigten seit 1995 um rund 2,1 Millionen gestiegen – dies entspricht einem prozentualen Zuwachs von ca. 49%. Selbst in den Jahren 2006 und 2007 mit starkem konjunkturellem Aufschwung ist die Zahl der Niedriglöhner weiter gestiegen. Laut der IAQ-Studie sind darüber hinaus die Durchschnittslöhne von Niedriglohnbeschäftigten in den vergangenen zwölf Jahren inflationsbereinigt nicht gestiegen – in Westdeutschland sogar nominal gesunken. Jeder dritte Niedriglohnbeschäftigte verdiente 2007 weniger als 6 Euro brutto, 1,2 Millionen Betroffene sogar weniger als 5 Euro. Auch Vollzeitbeschäftigung schützt nicht vor niedrigen Stundenlöhnen: Knapp ein Viertel der Beschäftigten mit Stundenlöhnen unter 5 Euro verdienen trotz voller Arbeitszeit im Monat nicht mehr als rund 800 Euro brutto. Dabei handelt es sich keineswegs nur um Ungelernte. Auch Fachkräfte und Akademiker sind zunehmend betroffen.

Ein wirklich wirksamer und flächendeckender Schutz vor Dumpinglöhnen ist nur durch einen

gesetzlichen Mindestlohn möglich. CDU/CSU und FDP blockieren den flächendeckenden Mindestlohn.

Wir haben gehandelt und branchenbezogene Mindestlöhne über das Arbeitnehmerentsendegesetz durchgesetzt. Über drei Millionen Menschen – vom Baugewerbe bis zur Pflegebranche – können damit von Mindestlöhnen profitieren. Mit dem Mindestarbeitsbedingungengesetz haben wir die Voraussetzung für Mindestlöhne auch in Branchen mit sehr geringer Tarifbindung geschaffen. Dennoch bleiben wir dabei: Wir brauchen zusätzlich einen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn.

Schwarz-Gelb

- blockiert den gesetzlichen Mindestlohn und nimmt Lohndumping bewusst in Kauf

Die SPD steht für:

- die Einführung eines flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohns in Höhe von mindestens 7,50 Euro
- gleiche Lohn- und Arbeitsbedingungen für gleiche Arbeit am gleichen Ort
- gleiche Löhne für Frauen und Männer
- gleiche Löhne für gleiche Arbeit für Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter nach einer angemessenen Einarbeitungszeit

Klimaschutz mit sicherer Energie statt gefährlicher Atomkraft

In der rot-grünen Regierung haben wir den Atomausstieg beschlossen und mit uns wird es auch zukünftig keine Renaissance der Atomkraft geben. Dies ist ein wichtiges Signal für die Generation unserer Kinder und deren Kinder, für eine sichere und saubere Umwelt, denn Atomstrom ist kein Ökostrom, sondern eine gefährliche Risikotechnologie. Wir haben gleichzeitig die Energiewende eingeleitet. Der Anteil der erneuerbaren Energien an der Stromversorgung liegt heute bereits bei über 14 Prozent. Über 285.000 Menschen arbeiten schon in diesem Bereich. Mit der SPD ist die saubere Umwelt zu einem Jobmotor geworden und Deutschland zum Vorreiter im Kampf gegen den Klimawandel. Gleichzeitig haben wir im Naturschutz große Erfolge erzielt.

Den Klimawandel bekämpfen und Technologiechancen nutzen!

Der Klimawandel bleibt weiterhin eine große Herausforderung für unser Land. Wir nehmen diese Herausforderung an und nutzen sie als Chance. Mit in Deutschland entwickelter Zukunftstechnologie bekämpfen wir den Klimawandel und schaffen Jobs für unser Land. Das Auto der Zukunft soll in Deutschland gebaut werden, damit saubere Technologie auch weiterhin Arbeitsplätze für die Menschen mit sich bringt.

Kohle und Gas effizienter nutzen und Ressourcen schonen!

Deshalb ist es für uns ein wichtiges Ziel, die Energiegewinnung sauberer zu machen. Alle alten Kraftwerke müssen durch neue, hocheffiziente Anlagen ersetzt werden. Anders ist der Klimawandel kaum in den Griff zu kriegen. Bei den internationalen Klimaverhandlungen in Kopenhagen soll Deutschland eine Führungsrolle übernehmen und intensiv für weiter gehende weltweite Maßnahmen werben.

Unterstützung für unsere Familien

Ob Eltern, Kinder oder Senioren - wir werden Familien über alle Generationen unterstützen. Vom Kitaplatz bis zum würdevollen Leben im Alter.

In der Familie gilt das Prinzip der Solidarität: jeder steht für den anderen ein. Diese Solidarität verdienen Familien auch von der Gesellschaft. Das heißt für uns: Kein Kind soll in Armut aufwachsen. Deshalb werden wir einen abgestimmten Aktionsplan gegen die Armut von Kindern und Jugendlichen umsetzen.

Alle Kinder müssen dem Staat gleich viel wert sein. Daher werden wir den Kinderfreibetrag von derzeit 3.864 Euro schon ab dem 1. Januar 2010 um weitere 200 Euro je Kind erhöhen.

Wir werden mit dem Elterngeld die partnerschaftliche Arbeitsteilung in der Familie noch mehr als bisher fördern. Mütter und Väter sollen gleichzeitig Elterngeld und Elternzeit in Anspruch nehmen



Das sind unsere konkreten Ziele:

- Wir werden CO₂-Emissionen bis 2050 im Vergleich zu 1990 um 80 bis 95 Prozent senken.
- Wir müssen den Anteil der erneuerbaren Energien auf 35 Prozent bis 2020 und 50 Prozent bis 2030 erhöhen.
- Der Anteil der Kraft-Wärme-Kopplung muss bis 2020 auf mindestens 25 Prozent der gesamten Stromversorgung ausgebaut werden.

Das bedeutet einen umfassenden Umbau unserer Energielandschaft. Wir werden für mehr Wettbewerb und Transparenz auf dem Energiemarkt sorgen. Die Strompreise sind zu hoch, die großen Konzerne machen Rekordgewinne zulasten der Verbraucher. Wir werden das nicht länger hinnehmen. Nach dem Verkauf der Energieversorgungsnetze durch die großen Energieversorger gründen wir eine Netzgesellschaft, die unter staatlicher Beteiligung die Verantwortung für den Netzausbau übernimmt. Wir werden so Monopole auflösen und mehr staatliche Kontrolle im Sinne der Bürger schaffen. Wir wollen Mobilität umweltfreundlich und bezahlbar gestalten und mehr Verkehr von der Straße auf die Schiene verlagern.

können. Dafür wollen wir die Zahl der Partnermonate von zwei auf vier erhöhen und den gleichzeitigen Anspruch auf Teilzeitbeschäftigung und Elterngeld von sieben auf sechzehn Monate erweitern.

Wir werden den Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung durchsetzen. Denn wir wollen, dass Eltern selbst entscheiden können, wie sie Beruf und Familie miteinander vereinbaren. Alle Kinder müssen unabhängig von ihrer sozialen Herkunft früh gefördert werden.

Wir werden das Ehegattensplitting so verändern, dass für beide Partner Erwerbsanreize gegeben sind, die Steuerlast zwischen den Eheleuten gerecht verteilt und der Splitting-Vorteil bei hohen Einkommen gekappt wird. Frei werdende Mittel werden wir in die Erziehung und Bildung von Kindern investieren.

Hochschulen stärken – Studienbedingungen verbessern

Die SPD steht für eine neue Hochschulpolitik.

Mehr Geld für Bildung: Bis 2015 müssen mindestens 7 % des Bruttoinlandsproduktes für Bildung und 3 % für Forschung und Entwicklung zur Verfügung gestellt werden. Durch die Einführung eines Bildungssolis auf sehr hohe Einkommen werden gut 2 Milliarden Euro zusätzlich für gute Bildung mobilisiert.

Keine Studiengebühren: Ein Studium darf nicht am Geld scheitern. Wir stehen zu einem gebührenfreien Erststudium bis einschließlich zum Master.

Ein verbessertes BAföG: Wir werden das Studierenden-BAföG so ausweiten, dass Studierende länger als bislang gefördert werden können. Wer mit 30 noch seinen Master machen will, muss auch dafür die Unterstützung erhalten.

Mehr Studienplätze: Wir wollen, dass mehr junge Menschen studieren können. Wir werden den Hochschulpakt konsequent und überprüfbar um-

setzen und bis 2015 rund 275.000 zusätzliche Studienplätze schaffen.



Bessere Studienbedingungen: Die Bachelor-Studiengänge müssen überprüft werden und die Regelstudienzeit flexibler gestaltet werden. Das Master-Studium muss möglich sein, die engen Quoten gehören abgeschafft.

Finanzmarktpolitik der SPD: Klare Vorstellungen für die Zukunft!

Die SPD hat mit den Aussagen im Regierungsprogramm zur Regulierung der Finanzmärkte ein umfassendes Konzept vorgelegt. Kern der Vorschläge: Finanzmärkte müssen wieder auf ihre dienende Funktion zurückgeführt werden. Alle Märkte, alle Produkte und Akteure müssen reguliert werden.

Die entsprechenden Passagen basieren auf dem Abschlussbericht der von Peer Steinbrück geleiteten Projektgruppe **„Transparenz und Stabilität auf den Finanzmärkten“** (Oktober 2008) sowie dem Grundsatzpapier von Frank-Walter Steinmeier und Peer Steinbrück **„Die Finanzmärkte grundlegend neu ordnen – Unsere Finanzmarktgrundsätze“** (Februar 2009) (beides erhältlich über den SPD-Parteivorstand). Damit hat die SPD als einzige Partei ein umfassendes Konzept zur Regulierung der Finanzmärkte vorgelegt. Demgegenüber wird oftmals behauptet, die SPD habe mit der Politik unter rot-grün zum Ausbruch der Krise beigetragen.

Richtig ist: Die Maßnahmen der rot-grünen Bundesregierung waren immer durch Begleitmaßnahmen zur Regulierung flankiert – auch wenn diese manchmal nicht weit genug gingen:

- Wir haben die Aufsicht und den Anlegerschutz für nicht in Wertpapieren verbriefte Anlageformen des sog. "grauen Kapitalmarktes" durch Einführung einer generellen Prospektpflicht und Einführung einer Schadenersatzpflicht deutlich verbessert.
- Mit der Schaffung nur einer einzigen Aufsichtsbehörde – der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) haben wir die zersplitterten Aufsichtsbehörden zu einer schlagkräftigeren „Allfinanzaufsicht“ für das Versicherung-, Banken- und Wertpapierwesen zusammengeführt.
- Die Zulassung von Hedge-Fonds musste zur Umsetzung von EU-Richtlinien erfolgen, stärkte jedoch

auch den Verbraucherschutz: Der private Anleger konnte nunmehr über beaufsichtigte Dachfonds Anteile an Hedgefonds erwerben statt lediglich wie zuvor unregulierte Hedgefonds-Zertifikate. Wir haben einen ausdrücklichen Warnhinweis durchgesetzt, der dem potenziellen privaten Anleger deutlich macht, dass er bis zu % seines eingesetzten Vermögens verlieren kann. Mit dem Verbot von Leerverkäufen – die Spekulation mit Wertpapieren, die man gar nicht besitzt - das wir damals schon wollten, konnten wir uns im Bundesrat gegenüber der Union nicht durchsetzen

- Bei den Verbriefungen, welche maßgeblich zum Ausbruch der Finanzkrise beigetragen hatten, haben wir für deutsche Verbriefungen Grenzen eingezogen: Im Unterschied zu Verbriefungen in anderen Ländern unterliegen verbriefte Kredite in Deutschland den gleichen Regeln (Mindestanforderungen Kredit) in der Kreditvergabe wie nichtverbriefte Kredite. Die verbriefende Bank bleibt weiterhin verantwortlich in der Kreditbearbeitung.

Die Erfolge sind sichtbar. Die SPD hat bereits

- klare Regeln für Managergehälter durchgesetzt,
- gegen den Widerstand von schwarz-gelb ein Gesetz zur Bekämpfung der Steuerhinterziehung beschlossen,
- für mehr Transparenz bei der Bilanzierung von Banken gesorgt,
- die Eingriffsbefugnisse der Aufsicht weiter gestärkt – diese kann nun effektiver und flexibler reagieren,
- und auf europäischer Ebene einen Vorschlag zur Regulierung von Hedge-Fonds und Private Equity sowie klarere Regeln für Finanzinstitute durchgesetzt – für neue Regeln auf den Finanzmärkten!

Schwarz-Gelb: die falsche Richtung

„Die Menschen wollen kein Zurück in die schwarzgelbe Bräsigkeit der 90er Jahre. **Am 27. September wird darüber entschieden, ob unser Land vorankommt, oder zurück in die 90er Jahre marschiert.** [...]“ (Frank-Walter Steinmeier in Hannover, 28.7.09) Die politischen Alternativen sind deutlich und liegen auf dem Tisch. Schwarz-Gelb will ein anderes Deutschland. Schwarz-Gelb würde bedeuten:

- Kein solidarischer Lastenausgleich - Steuererleichterungen für Wohlhabende, auf dem Schuldenberg bleiben alle sitzen;
- für Geringverdienende bleibt es bei unanständigen Löhnen - Mindestlöhne sind dann vom Tisch;
- die Sozialversicherungen werden ausgehöhlt - Privatversicherungen und Teilkasmodelle sind das Ziel;
- Manager werden auch künftig Millionen kassieren - selbst wenn sie ihren Laden gegen die Wand fahren;
- die Rechnung bekommt der Steuerzahler - hohe Managergehälter und Abfindungen bleiben unbegrenzt von der Steuer absetzbar;
- die Atomkraftwerke werden unbegrenzt weiterlaufen - obwohl niemand weiß, wohin mit dem Strahlenmüll;
- statt Energiewende gibt es die Rolle rückwärts - die Konzerne werden auch in Zukunft mit unsicheren Atommeilern und alten Kohlekraftwerken Gewinne einstreichen;
- kein Jobwunder auf den grünen Leitmärkten der Zukunft - Schwarz-Gelb setzt auf Niedriglohn und die Beseitigung von Arbeitnehmerrechten.

CDU und CSU haben ein Tarnkappenprogramm präsentiert, das präzise Festlegungen meidet wie der Teufel das Weihwasser. Die Union kommt im Wahlkampf freundlich daher. Sie verspricht viel, aber über die Folgekosten schweigt sie sich aus.

Konturen bekommt das Unionsprogramm, wenn man es neben das Wahlprogramm ihres Wunschpartners legt. Die Rollenverteilung ist klar: **die FDP sagt, was CDU/CSU denken und wollen.** Getrennt marschieren, zusammen den schwarzgelben Politikwechsel machen, das ist der Plan von Merkel und Westerwelle.

Das SCHWARZ-GELBE PROGRAMM sieht unter anderem **Steuererleichterungen für Wohlhabende** vor. Schwarz-Gelb verspricht massive Steuersenkungen, obwohl in den Jahren bis 2013 bereits 316 Mrd. Euro an Steuereinnahmen krisenbedingt in den öffentlichen Kassen fehlen werden. Und es werden weitere Steuersenkungen geplant.

Steuergeschenke führen direkt in den Sozialabbau. Schwarz-Gelb sieht in der Krise die Chance,

endlich die Ausgaben für den Sozialstaat abzuschütteln. „Der Staat hat kein Einnahmenproblem, er hat ein Ausgabenproblem. Der Spielraum für Entlastungen als Impuls für mehr Wachstum und Beschäftigung und eine umfassende Steuerstrukturreform ist da.“ (FDP-Wahlprogramm 2009)

Hohe Steuergeschenke wird Schwarz-Gelb über Senkung von Ausgaben finanzieren. Hier einige Beispiele:

- Schwarz-Gelb wird den Leistungskatalog der Krankenversicherungen beschneiden. Das bedeutet, dass für einen guten Gesundheitsschutz teure Zusatzversicherungen abgeschlossen werden müssen.
- Die FDP-Bundestagsfraktion sieht in ihrem „Liberalen Sparbuch 2009“ Kürzungen von knapp 6 Milliarden Euro im Etat des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales vor: u.a. 2,7 Mrd. Euro bei der Arbeitsförderung.
- Bei der Grundsicherung für Arbeitssuchende sollen 840 Mio. Euro gekürzt werden; die Leistungen zur Eingliederung in Arbeit um 2 Mrd. Euro.
- Die FDP-Bundestagsfraktion will bei der Beteiligung des Bundes an der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung 219,5 Mio. Euro kürzen.
- Schwarz-Gelb will bei der Grundsicherung für Arbeitssuchende und Rentner sparen.
- Die FDP will die Krankenversicherung privatisieren. Jeder muss sich entscheiden, welche Risiken er oder sie jeweils absichern will und kann. Das benachteiligt massiv die Bezieher niedriger Einkommen.
- Die Beiträge werden in Form einer Kopfpauschale erhoben. Die Arbeitgeber werden aus der solidarischen Finanzierung des Gesundheitssystems entlassen.
- Die FDP will an die Stelle von ALG II und Aufstockungsleistungen ein sogenanntes Bürgergeld setzen. Mit maximal 660 Euro liegt es deutlich niedriger als die bisherigen Leistungen nach ALG II.

Schwarz-Gelb hat im bisherigen Verlauf der Krise gezeigt, dass ihnen ideologische Ordnungsprinzipien wichtiger sind als der Schutz von Arbeitnehmern/innen. Sie wollen die Krise nutzen, um deren Rechte einzuschränken. **So lehnt Schwarz-Gelb gesetzliche, flächendeckende Mindestlöhne strikt ab.**

Die Reaktion von CDU/CSU und FDP auf **Frank-Walter Steinmeiers Deutschland-Plan** zeigt: Schwarz-Gelb steht nicht für die Verbindung von neuem Wirtschaftswachstum, steigenden Einkommen und Vollbeschäftigung. Schwarz-Gelb steht wirtschaftspolitisch für ein **altes Denken.**

• Die Kölner SPD-Bundestagsabgeordneten

Mit ihrer Homepage www.4-fuer-koeln.de, die Anfang September frei geschaltet wird, haben die vier Kölner SPD-Bundestagsabgeordneten **Lale Akgün**, **Martin Dörmann**, **Karl Lauterbach** und **Rolf Mützenich** eine gemeinsame Plattform eingerichtet, mit Terminen, Erfolgsbilanz und einer Verlinkung zu den jeweiligen MdB-Homepages. Auf www.martin-doermann.de ist ein neues **Berlin-Video mit Martin Dörmann** sowie eine **Unterseite zur Bundestagswahl 2009** eingestellt.



• Frank-Walter Steinmeier

Auf der Homepage www.frankwaltersteinmeier.de finden sich umfangreiche Informationen über unseren Spitzenkandidaten, seine Ziele sowie seinen Werdegang. Auf dieser Seite kann man noch einmal das Sommerinterview im ZDF mit Frank-Walter ansehen oder Interviews, Reden, Aufsätze und Meldungen nachlesen.



• Regierungsprogramm, Wahlkampfinfos und aktuelle SPD-Positionen

Auf der Homepage www.spd.de der Internet-Hauptseite finden sich die aktuellen Informationen zum Team Steinmeier, zu aktuellen Themen, zu Frank-Walter Steinmeier und zum Wahlkampf09 sowie die Links zur persönlichen Seite von Frank-Walter Steinmeier und zur Homepage www.wahlkampf09.de.

Die Homepage www.wahlkampf09.de ist das online-magazin zur Kampagne09. Hier finden sich alle Informationen zu den Kampagnenthemen, die Unterstützerseite Frank-Walter Steinmeier und einen Live-Ticker sowie die Links zur SPD auf den Seiten von facebook, twitter, studiVZ, flickr und YouTube.



• Veröffentlichungen der SPD-Bundestagsfraktion



Auf der Homepage www.spdfraktion.de sind zahlreiche Publikationen der Bundestagsfraktion zu aktuellen Themen als pdf-Dokumente abrufbar. Beispiele:

- Unsere Handschrift – Bilanz in 77 Stichworten

- 4 Jahre erfolgreiche Arbeit – Bilanz 16. Wahlperiode
- Handeln in der Krise – Maßnahmen und Ziele in der Finanz- und Wirtschaftskrise

Mitglied werden!

Für alle, die SPD-Mitglied werden wollen: Über einen Button unten rechts auf der Internetseite www.spd.de gelangt man auf die Seite zum „Einmischen und Eintreten“: www.spd.de/de/partei/mitmachen/mitgliedwerden/.



Sitzungswochen des Deutschen Bundestages 2009 und 2010

Für die laufende 16. Legislaturperiode war die 27. Kalenderwoche die letzte reguläre Sitzungswoche. Eine Sondersitzung des Bundestages findet am 8. September statt. Am 27. September 2009 ist Bundestagswahl. Spätestens am 27. Oktober tritt der neu gewählte Bundestag zur Konstituierung zusammen. Die weiteren Sitzungswochen für 2009 werden noch bestimmt. Die vorläufig geplanten Sitzungswochen für das Jahr 2010 sind abrufbar unter: www.bundestag.de/parlament/plenargeschehen/sitzungskalender/index.html.

Infos zu Martin Dörmann, MdB

Mitgliedschaften in Gremien

- Ausschuss für Wirtschaft und Technologie
- Ausschuss für Kultur und Medien (stellv. Mitglied)
- Unterausschuss Neue Medien
- Vorstand der SPD-Bundestagsfraktion
- Vorstand der NRW-Landesgruppe der SPD-Bundestagsfraktion
- Arbeitsgruppe Energie der SPD-Bundestagsfraktion
- Beirat der Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post, und Eisenbahnen

Funktionen in der SPD-Bundestagsfraktion

- Stellv. wirtschaftspolitischer Sprecher
- Berichterstatter für Telekommunikation sowie Luft- und Raumfahrt
- Sprecher für „Neue Medien“

Bundestagswahlkreis 94 (Köln I)

Martin Dörmann ist direkt gewählter Bundestagsabgeordneter für den Wahlkreis Köln I, zu dem die Stadtbezirke **Porz** und **Kalk** sowie die **nördliche Innenstadt** gehören. Der Wahlkreis reicht somit vom „Coloniuss“ über den Dom und die Kölnarena bis zum Flughafen.

Spendenkonto für die Bundestagswahl 2009

Für diejenigen, die für den SPD-Bundestagswahlkampf im Wahlkreis spenden möchten, hier die **Kontoverbindung**: SPD Köln, Konto-Nr.: 42 42 053, Sparkasse KölnBonn, BLZ: 370 501 98
Bitte ggf. als Zweck eintragen: Spende Bundestagswahlkampf WK 94 Dörmann
(Für die Spendenquittung sicherheitshalber die Adresse mit angeben.)

Büroanschriften

Martin Dörmann, MdB

Deutscher Bundestag, Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Hausadresse: Dorotheenstraße 101, Raum 4.650
Telefon 030 / 227 734 18; Fax 030 / 227 763 48
eMail: martin.doermann@bundestag.de

Mitarbeiterteam:

Stefan Stader (Büroleiter), Dr. Marc Drögemöller, Sabine Schmidt

Internet-Homepage:

www.martin-doermann.de

Bürgerbüro Porz (Wahlkreisbüro)

Hauptstraße 327
51143 Köln (Porz)
Telefon: 02203 / 52144
Fax: 02203 / 51044

Mitarbeiterteam:
Elke Heldt (Büroleiterin), Tim Cremer
eMail:
martin.doermann@wk.bundestag.de

Bürgerbüro Kalk

Kalker Hauptstraße 212
51103 Köln (Kalk)
Telefon: 0221 / 8704302

Homepagebeauftragter:
Ralf Seinmeier

Bürgerbüro der Kölner SPD-Bundestagsabgeordneten

Magnusstraße 18b
50672 Köln (Innenstadt)
Tel. 0221 / 169 195-77
Fax 0221 / 169 195-79
Mitarbeiterin: Renate Dinkelbach
eMail:
koelner-spd-mdb@netcolgne.de



IMPRESSUM • BERLIN DEPESCHE

Herausgeber: Martin Dörmann, MdB, Deutscher Bundestag, Platz der Republik 1, 10111 Berlin

Redaktion dieser Ausgabe: Martin Dörmann (verantwortlich), Sabine Schmidt, Stefan Stader

Bildnachweis: Deutscher Bundestag (Seite 5), SPD-Parteivorstand (Seiten 8, 9, 10, 15), SPD-Bundestagsfraktion (Seite 15).

Die Berlin Depesche erscheint etwa 6 mal im Jahr und wird als **Mitgliederausgabe** per eMail an Funktionsträger im Wahlkreis und interessierte SPD-Mitglieder versendet sowie als **Homepageausgabe** für Bürgerinnen und Bürger auf der Internet-Homepage von Martin Dörmann eingestellt. Wer in den **Email-Verteiler** aufgenommen werden möchte, sendet bitte eine Nachricht an: martin.doermann@bundestag.de (Mitglieder bitte mit Angabe des Ortsvereins).

Frühere Ausgaben sowie Themen-Sonderausgaben finden sich auf der Homepage: www.martin-doermann.de

